

## **Inhaltsprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Sport**

68. Sitzung  
3. Juni 2026

Beginn: 10.01 Uhr  
Schluss: 12.14 Uhr  
Vorsitz: Scott Körber (CDU)

### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

### Punkt 1 der Tagesordnung

#### **Aktuelle Viertelstunde**

**Klara Schedlich** (GRÜNE) trägt die vorab eingereichte Frage ihrer Fraktion vor:

„Wie bewertet der Senat die Vereinbarkeit der geplanten ökologischen Aufwertung des Kienbergs als Ökokontofläche mit den Olympiaplanungen für denselben Standort, insbesondere im Hinblick auf die Zielsetzung nachhaltiger Spiele, die CO<sub>2</sub>-Bilanz sowie den Schutz der dort aktuell entstehenden Ausgleichs- und Klimaschutzmaßnahmen, und welche Kosten erwartet der Senat für die erforderlichen Rodungen, die Errichtung der olympischen Wettkampfanlagen beziehungsweise der Strecke, deren anschließenden Rückbau sowie die Wiederherstellung der betroffenen Ausgleichsflächen einschließlich notwendiger Wiederaufforstungen?“

**Staatssekretärin Franziska Becker** (SenInnSport) macht darauf aufmerksam, über den Kienberg als möglichen Austragungsort olympischer Mountainbikewettbewerbe sei bereits wiederholt, unter anderem in der Antwort auf die Schriftliche Anfrage der Linksfraktion 19/25843, informiert worden. Worauf die Annahme beruhe, Rodungen und in deren Folge Wiederaufforstungen könnten erforderlich sein, erschließe sich ihr nicht. Das Gegenteil sei

der Fall: Nach Beendigung der Spiele werde das Areal mindestens im selben Zustand sein wie vor der Ausrichtung. Wenn es die Möglichkeit gebe, die Fläche punktuell ökologisch aufzuwerten, werde diese genutzt.

Sie bitte, Olympische Spiele nicht gegen den Umweltschutz auszuspielen. Bei einer Ausrichtung Olympischer Spiele in Berlin würden neue Standards für Sportgroßveranstaltungen gesetzt. Man wolle nicht nur klimaneutral, sondern klimapositiv aus dem Prozess herausgehen und setze weitestgehend auf wiederverwendbare Infrastruktur. Im Anschluss würden alle temporären Anlagen zurückgebaut. Man setze auf ÖPNV und das Fahrrad. Es würden keine neuen Flächen versiegelt, und die Sportstätten würden zur Gewinnung regenerativer Energie genutzt. Dies werde auch als Maßstab bei allen Vergabeprozessen von den Dienstleistern erwartet. All dies könne dem Olympiakonzept entnommen werden.

**Klara Schedlich** (GRÜNE) weist darauf hin, bei der kürzlich stattgefundenen Baurundfahrt des Hauptausschusses sei unter anderem der Kienberg besucht worden. Dort sei von der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt mitgeteilt worden, die im Moment zu pflanzenden Bäume müssten für temporäre Olympiaeinrichtungen gerodet und im Anschluss wieder gepflanzt werden. Wie sinnvoll sei es, dafür jetzt 5 Millionen Euro zu investieren?

**Staatssekretärin Franziska Becker** (SenInnSport) antwortet, die Detailplanung werde erst stattfinden, wenn Berlin im September den Zuschlag für eine nationale Bewerbung um Olympische Spiele erhalte.

**Claudia Engelmann** (LINKE) möchte wissen, welche Sportanlagen vom Befall mit dem Eichenprozessionsspinner in welcher Art und Weise betroffen seien.

**Staatssekretärin Franziska Becker** (SenInnSport) informiert, die bezirklichen Fachbereiche für Sport reagierten auf einen Befall mit dem Eichenprozessionsspinner primär mit der Sperrung von Sportanlagen und der professionellen Absaugung von Raupen und Nestern, um das Risiko für Sportlerinnen und Sportler sowie Besucherinnen und Besucher zu minimieren. Darüber hinaus würden Hinweisschilder angebracht, und Nutzerinnen und Nutzer der Sportanlagen würden gebeten, befallene Bereiche strikt zu meiden. Die jeweilige Fachbereich Sport stehe im direkten Austausch mit den betroffenen Sportvereinen, um Spiel- und Trainingsbetriebe gegebenenfalls zu verlagern oder abzusagen.

Aufgrund des massiven Befalls habe der Fachbereich Sport im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf folgende Sportanlagen vorerst für zwei Wochen geschlossen: das Mommsenstadion inklusive der dahinterliegenden Rollsportfläche, die Wally-Wittmann-Sportanlage, die Hans-Rosenthal-Sportanlage, das Stadion Britz-Süd, der Volkspark Mariendorf, die Julius-Hirsch-Sportanlage sowie die Tennisplätze an der Harbigstraße und die Sportanlage Jungfernheide.

Weiterführende Recherchen zu betroffenen Standorten oder Veranstaltungen in Berlin seien in der Kürze der Zeit nicht möglich gewesen.

**Claudia Engelmann** (LINKE) interessiert, mit welcher Unterstützung des Senats die Bezirke rechnen könnten.

**Staatssekretärin Franziska Becker** (SenInnSport) teilt mit, Bitten um Unterstützung lägen derzeit nicht vor.

**Dennis Buchner** (SPD) bittet um Informationen zur Verlagerung der Bahnrad-EM 2027 von Kopenhagen nach Berlin.

**Staatssekretärin Franziska Becker** (SenInnSport) bestätigt, dass der europäische Verband die EM an Berlin vergeben habe. Die Gründe dafür, warum Dänemark die Veranstaltung zurückgegeben habe, seien nicht bekannt.

Vom 10. bis 14. Februar 2027 würden die Wettbewerbe im Velodrom Berlin ausgetragen. Die landeseigene Veranstaltungsstätte werde dem Verband German Cycling entgeltfrei überlassen. Hinzu komme eine finanzielle Förderung von bis zu 715 000 Euro, die sich auf die Haushaltsjahre 2026 und 2027 verteile. Die Finanzierung sei möglich, da die Europameisterschaft im Flagfootball 2027 durch den Veranstalter abgesagt worden sei. Mit der Vergabe kehrten die Bahnradmeisterschaften erstmals seit 2017 wieder nach Deutschland zurück. Die Europameisterschaften seien einer der wichtigsten Wettkampfhöhepunkte im internationalen Radsport und Qualifikationswettbewerb für die Olympischen Spiele 2028.

**Stephan Standfuß** (CDU) stellt fest, dass das Eisstadion P 09 statt im August erst im November öffnen solle. Das habe große negative Folgen für die Eissportvereine. Gebe es Bemühungen der Senatsverwaltung, hier zu Verbesserungen zu kommen?

**Staatssekretärin Franziska Becker** (SenInnSport) führt aus, das P 09 befindet sich im Fachvermögen des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf. Dieser sei dafür zuständig, sich um den einwandfreien Zustand der Anlage zu kümmern. Sie werde sich über das von Herrn Standfuß angesprochene Problem informieren und sich um eine Lösung bemühen.

**Vorsitzender Scott Körber** stellt fest, die Aktuelle Viertelstunde sei damit beendet.

#### Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Cricketsport in Berlin: Prekäre Infrastruktur  
beenden – Potenziale für Integration und  
Breitensport endlich nutzen**  
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

[0173](#)  
Sport

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

### Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Freibadsaison 2026 in Berlin – Planung,  
Verlässlichkeit und Ausblick der  
Wasserflächenversorgung**  
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
und der Fraktion Die Linke)

[0185](#)  
Sport

**Klara Schedlich** (GRÜNE) bittet darzustellen, wie die Planung, Verlässlichkeit und die Wasserversorgung von Berlin mit Freibadflächen für die Sommersaison aussehe. Könnten alle Planungen zu Eröffnungen eingehalten werden? Stünden Wasserflächen aufgrund von Sanierungen nicht zur Verfügung? Wie sei der Stand der aktuellen Neubauvorhaben? Welche Bundesmittel kämen den Freibädern zugute?

**Staatssekretärin Franziska Becker** (SenInnSport) führt aus, die Planungen und Vorbereitungen bezüglich der Wasserflächenversorgung für die kommende Saison 2026 sei soweit abgeschlossen. Neben dem Prinzenbad hätten das Strandbad Wannsee und das Kombibad an der Seestraße bereits seit dem 1. Mai geöffnet. Das Sommerbad im Kombibad Gropiusstadt folge am 8. Mai, die übrigen Bäder öffneten am 1. Juni.

Erfreulich seien die Wiedereinführung der Sommermehrfachkarte, die Beheizung der Freibäder mit einer Stütztemperatur von 22 Grad, uneingeschränkte Kassenzeiten und anstehende Investitionen in Höhe von insgesamt rund 600 Millionen Euro einschließlich des Klimapakts bis 2030 in die Bäderinfrastruktur. Die Bäder blieben analog zum Vorjahr 2025 bis zum Ende der Sommerferien geöffnet. Die Berliner Bäder-Betriebe prüften eine Verlängerung der Öffnungszeiten über das Feriende hinaus und würden dies, sofern es die Wetterlage zulasse, auch umsetzen.

Um die Verlässlichkeit der Wasserflächen auf einem auskömmlichen Niveau sicherzustellen, hätten die Berliner Bäder-Betriebe das vom Aufsichtsrat beschlossene sogenannte Szenario 2030 erarbeitet. Es gelte sowohl für die Hallen- als auch für die Freibäder und fuße strategisch auf dem Prinzip der Wasserzeitenstabilisierung. Bis zum Jahr 2030 sollten im Durchschnitt 140 000 bis 142 000 Wasserstunden jährlich – in Abhängigkeit des vom Abgeordnetenhaus zur Verfügung gestellten Zuschusses – zur Verfügung gestellt werden. Dabei planten, priorisierten und verteilten die Berliner Bäder-Betriebe erforderliche Sanierungsvorhaben bestmöglich, sodass regional Ausweichmöglichkeiten bestünden. Gleichzeitig stünden weiterhin Interimshallen zur Verfügung, unter anderem die Traglufthalle an der Seestraße und die Schwimmhalle Kreuzberg, um die Wasserflächenversorgung sicherzustellen.

Die 600 Millionen Euro würden gezielt in Sanierungen und energetische Maßnahmen und damit in Nachhaltigkeit und Daseinsvorsorge investiert. Im Stadtbad Tiergarten entstehe ein neuer Außenbereich mit einem 25-Meter-Becken, einer Kinderplansche und einer Liegewiese. Die Sanierungsmaßnahmen beim Stadtbad Schöneberg seien so gut wie abgeschlossen. Das Bad werde zur Jahresmitte wiedereröffnet. Am Paracelsus-Bad würden die Sanierungen fortgesetzt und der Standort um ein Außenbecken erweitert. Im nächsten Jahr könne dort wieder

geschwommen werden. Das Wellenbad werde bis 2030 – geplant sei das dritte Quartal – wieder ans Netz gehen. Für das Kombibad Mariendorf sei eine Wiederinbetriebnahme für das erste Quartal 2030 geplant.

Gegenwärtig planen die Berliner Bäder-Betriebe die Errichtung von drei Schwimmhallen in den Bezirken Marzahn-Hellersdorf, Pankow und Spandau. Darüber hinaus habe ihre Verwaltung im Rahmen der Infrastrukturoffensive des Bundes unterschiedliche Projektvorhaben eingereicht. Dazu zählten die Modernisierung und Beleuchtung der SSE und die Sanierung des Sommerbads Humboldthain. Über den aktuellen Stand der Einreichungen werde der Ausschuss in einer der kommenden Sitzungen proaktiv informiert.

**Claudia Engelmann** (LINKE) stellt fest, einige Bäder gingen im Gegensatz zu den letzten Jahren deutlich verspätet an den Start, und es gebe Einschränkungen der täglichen Öffnungszeiten. Was seien die Gründe dafür?

Wie sehe die Personalausstattung der Freibäder aus? Werde es bezüglich der Sicherheitskontrollen Veränderungen gegenüber dem letzten Jahr geben?

Sie hätten Klagen über das Ticketsystem, die Umstellung auf Onlinetickets und die teuren Eintrittspreise erreicht.

Wie seit der aktuelle Stand der Neubauvorhaben in Spandau, Pankow und Marzahn-Hellersdorf? Wann könnten dort Wasserflächen zur Verfügung gestellt werden?

Werde das Ampelsystem weiterhin genutzt? Im vergangenen Jahr sei es damit zu Problemen gekommen, und Badegäste hätten teilweise vor verschlossener Türe gestanden. Werde sichergestellt, dass das nicht mehr passiere?

Beim Sommerbad am Insulaner gebe es Beschwerden über die Öffnungszeiten. Außerdem klage die Bevölkerung über Überfüllung am Wochenende. Sie bitte hierzu um Erläuterungen.

Beim Sommerbad Neukölln gebe es Probleme mit Materiallieferungen. Um welches Material handele es sich, wie könne Abhilfe geschaffen werden, und sei die Eröffnung am 18. Juni gesichert?

**Dennis Buchner** (SPD) bittet um einen Vergleich der Besucherzahlen vom Mai 2025 und dem vergangenen Monat. Treffe die Behauptung von Frau Engelmann zu, dass es aufgrund des Online-Kartenvorverkaufs und der Eintrittspreise zu weniger Badegästen gekommen sei?

**Stephan Standfuß** (CDU) möchte wissen, ob das Personal in den Freibädern auskömmlich sei.

Würden die Sicherheitskontrollen beibehalten beziehungsweise noch optimiert?

Seien die Probleme mit den sanitären Anlagen im Strandbad Wannsee behoben? Könnten Aussagen bezüglich einer Pflanze mit Dornen, die unter dem Sand wachse und die Strandfläche verkleinere, getroffen werden?

**Reinhard Naumann** (SPD) beurteilt den Einsatz der Videoüberwachung in Bädern als zielgenau und minimalinvasiv. Welche Erfahrungen seien damit gemacht worden? Welche Rückmeldungen gebe es dazu seitens der Badegäste? Seinem Eindruck nach werde das als ein Mehrwert an Sicherheit wahrgenommen und nicht als Verlust persönlicher Freiheit.

**Frank-Christian Hansel** (AfD) betont, seine Fraktion halte die Videoüberwachung für wichtig. Es sei sinnvoll, sie beizubehalten.

**Dr. Johannes Kleinsorg** (Berliner Bäder-Betriebe; Vorsitzender des Vorstands) berichtet, es sei langjährig ausgewertet worden, wie sich die Nutzung der Sommer- und Hallenbäder in den Frühlings- und Frühsommermonaten verhalte. Dabei habe sich ergeben, dass maximal 6 Prozent der Sommerbadegäste im Mai erschienen. Die Hälfte davon besuchten das Prinzenbad, einige auch den Wannsee. Aufgrund dieser Erkenntnisse sei die Struktur verändert worden.

Inzwischen seien, bis auf das Sommerbad Neukölln, alle für dieses Jahr geplanten Sommerbäder am Netz. Darüber hinaus seien 30 Hallenbäder am Netz, die großenteils nicht nur von Schulen und Vereinen, sondern auch von der Öffentlichkeit genutzt werden könnten. In der Summe habe sich dadurch die Versorgungssituation verbessert.

Im letzten Jahr hätten 71 000 Menschen die Sommerbäder besucht. Das langjährige durchschnittliche Mittel liege bei 80 000 Besucherinnen und Besuchern. In diesem Jahr habe die Besucherzahl bei 176 000 gelegen. Auch die Hallenbäder seien in diesem Zeitraum gut genutzt worden. Die Veränderung der Öffnungszeiten sei folglich gut angenommen worden. Die Halle in der Seestraße, die eine hohe Temperatur habe, sei frühzeitig ans Netz gebracht worden. Mit dem Kombibad Gropiusstadt sei wetterabhängig flexibel reagiert worden.

Zum Service für die Kunden: Die Fastlane sei optimiert worden. Ihre Erkennbarkeit sei durch eine pinke Signalfarbe verbessert worden. Das sei bei den hohen Besucherzahlen im Mai gut angekommen.

In der gemeinsamen Arbeitsgruppe Sicherheit sei bestätigt worden, dass die Sicherheitsmaßnahmen gut funktionierten. Die Polizei habe inzwischen eine eigene Richtlinie für den Umgang mit den Bädern. Vor heißen Tagen finde eine telefonische Abstimmung statt. Am 6. Mai sei das Verwaltungsgericht Berlin in allen Punkten der Argumentation der Bäder-Betriebe gefolgt, was die Ausweis- und die Videokontrollen angehe. Die Maßnahmen seien verhältnismäßig und dienten der Sicherheit. Dieses Urteil habe bundesweit für Aufmerksamkeit gesorgt. Die Rückmeldung der Kundinnen und Kunden, insbesondere von Familien mit Kindern, seien fast ausschließlich positiv.

Zum Ticketsystem: Es gebe jetzt vier sogenannte Einlasszeitfenster über den Tag verteilt. Das führe zu einer Entzerrung an den Eingängen. Damit werde ein großer Teil des Aggressionspotenzials, das in Warteschlangen entstehe, vermieden.

Im letzten Jahr sei das erste Mal seit zehn Jahren ein neues Tarifsystem mit anderen Preisen eingeführt worden. Die Anpassung sei seiner Ansicht nach moderat und angemessen. Da die frühere Jahreskarte nicht so gut angenommen worden sei, habe man ein Abomodell einge-

führt. Dieses werde schon 3 200-mal genutzt. Die Sommermehrfachkarte sei ergänzt worden, und bisher seien davon 9 700 verkauft worden. Im Vergleich dazu: Im letzten Jahr seien lediglich 767 Jahreskarten verkauft worden.

An den drei Neubauvorhaben werde intensiv gearbeitet. Man habe dazu ein fachübergreifendes Team gebildet. Am 20. Juli 2026 werde dem Aufsichtsrat der Stand vorgetragen, und im November sollten ihm Detailkonzepte vorgelegt werden, die anschließend zu Ausschreibungen führten. Zu dem Außenbecken in Marzahn-Hellersdorf werde eine Machbarkeitsstudie erstellt, und man rechne im Juli mit ersten Ergebnissen. In Spandau spielten weiterhin umweltpolitische Themen eine Rolle. In Pankow seien komplexe Abstimmungen erforderlich, da auf dem Gelände auch die Energieunternehmen 50Herz und BEW Anlagen errichten wollten. Alles laufe aber weitgehend plangemäß.

An der Optimierung des Ampelsystems werde gearbeitet. Das System werde zum Teil direkt von den Fachkräften vor Ort gesteuert, um schnell reagieren zu können. In der Summe habe man damit gute Erfahrungen gemacht, und das Feedback sei positiv.

Das Sommerbad am Insulaner sei seit dem 1. Juni vollschichtig von 7 bis 20 Uhr geöffnet.

Prinzipiell sei man mit der Rekrutierung der Saisonkräfte, insbesondere der Rettungsschwimmer, sehr zufrieden. Eine befristete Einstellung zusätzlicher Fachkräfte sei hingegen nicht möglich. Durch die Überlappung der Hallen- und Sommersaison entstehe immer eine angespannte Situation, aber im Moment seien keine Probleme zu befürchten.

Beim Sommerbad am Columbiadamme gebe es ein teilweise intern verursachtes Problem. Zum 1. Januar sei das SAP-System auf S4/HANA umgestellt worden. Das sei ein komplexes Projekt, um die kaufmännischen und sonstigen Bestellprozesse besser zu digitalisieren. Im Prinzip funktioniere das System perfekt. Bei der Bestellung von Filtern und Fliesen für das Neuköllner Sommerbad habe es jedoch einen Fehler gegeben, der zu Verzögerungen geführt habe. Derzeit werde versucht, das Sportbecken noch vor dem 18. Juni für den Betrieb freizugeben. Bei dem anderen großen Becken gelinge das aber wahrscheinlich nicht. Man arbeite mit Hochdruck daran, den Fehler zu beheben.

Beim Strandbad Wannsee sei durch den Stromausfall im Januar ein größerer Schaden an den veralteten Leitungen entstanden. Diese müssten nun komplett ersetzt werden. Das Strandbad Wannsee habe deshalb zurzeit nur eine eingeschränkte Kapazität an WC-Anlagen. Außerdem gebe es nur kalte Duschen, was aber bisher die Besucherinnen und Besucher nicht abgeschreckt habe. An Abhilfe werde intensiv gearbeitet. Ihm sei bekannt, dass es Einschränkungen auf der Standfläche gebe, aber zu der angesprochenen Pflanze könne er keine näheren Angaben machen.

**Dennis Buchner** (SPD) begrüßt die Einführung des Abomodells. Es sei sinnvoll, dass eine Kündigung nach drei Monaten und ein Pausieren der Mitgliedschaft möglich seien. Damit sei dem Wunsch vieler Kundinnen und Kunden, aber auch des Sportausschusses nachgekommen worden.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

#### Punkt 4 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –  
Drucksache 19/1931

[0123](#)  
Sport

#### **Gesetz zur Änderung des Sportförderungsgesetzes**

**Staatssekretärin Franziska Becker** (SenInnSport) erklärt, die Änderung des Sportförderungsgesetzes sei zur Umsetzung des § 2b Umsatzsteuergesetz, der am dem 1. Januar 2027 Anwendung finde, notwendig. Die Neuregelung in § 2b Umsatzsteuergesetz sehe vor, dass auch juristische Personen des öffentlichen Rechts, wie das Land Berlin, grundsätzlich als Unternehmerinnen und Unternehmer im steuerrechtlichen Sinn zu behandeln seien, wenn sie Leistungen gegen Entgelt anböten und dabei wirtschaftlich tätig würden. Dadurch sollten Wettbewerbsverzerrungen vermieden werden. Das habe zur Folge, dass bislang umsatzsteuerfreie Entgelte künftig umsatzsteuerpflichtig sein könnten. Daher müssten die landesrechtlichen Regelungen, die für Leistungen des Landes Berlin besondere Entgelte vorsähen, auf ihre umsatzsteuerliche Relevanz geprüft und rechtzeitig vor Ende der Übergangsfrist zu § 2b Umsatzsteuergesetz angepasst werden.

Im Sportförderungsgesetz sei die Vergabe von öffentlichen Sportanlagen sowie deren unentgeltliche, aber auch deren entgeltpflichtige Nutzung vorgesehen. In das Sportförderungsgesetz müsse daher eine Regelung aufgenommen werden, die es dem Land Berlin ermögliche, den Nutzen öffentlicher Sportanlagen die Umsatzsteuer aufzuerlegen, sofern das entsprechende Entgelt der Umsatzsteuer unterliege. Die SPAN seien bereits an die neue Rechtslage angepasst worden und beinhalteten seit der Änderung vom 11. November 2025 in Nummer 2a eine Regelung zur Erhebung der Umsatzsteuer. Die gesetzliche Ermächtigung im Sportförderungsgesetz sei daher nachträglich zu ergänzen.

Zum 1. Januar 2027 müssten alle Voraussetzungen für die Erhebung der Umsatzsteuer in rechtlicher sowie organisatorischer Hinsicht vorliegen. Vor diesem Hintergrund bitte Sie um Zustimmung zur Vorlage.

**Claudia Engelmann** (LINKE) möchte wissen, ob es eine Möglichkeit gebe zu verhindern, dass die finanziellen Folgen des Umsatzsteuerrechts auf die Nutzerinnen und Nutzer umgelegt würden. Welche konkreten Auswirkungen auf die Nutzerinnen und Nutzer seien zu erwarten? Sie denke dabei zum Beispiel an Eintrittspreise und Nutzungsgebühren für kleine Vereine.

**Dennis Buchner** (SPD) fragt, ob eingeschätzt werden könne, mit welcher Wahrscheinlichkeit beziehungsweise wann der Bund eine entsprechende gesetzliche Regelung umsetze.

**Staatssekretärin Franziska Becker** (SenInnSport) antwortet in Richtung von Frau Engelmann, eine Umgehung dieser Regelung werde voraussichtlich nicht möglich sein.

Ab 1. Januar 2027 träten die Neuregelungen in Kraft.

**Mi-Ok Lee** (SenInnSport) ergänzt, nach der Fördersystematik der SPAN sei der Großteil der Überlassungen von Sportanlagen entgeltfrei. Teilweise müssten nur die Betriebskosten im Rahmen der vorrangigen Nutzung übernommen werden. Damit fielen für diese Nutzenden keine Umsatzsteuer an. In den übrigen Fällen würden Steuerbefreiungsmöglichkeiten geprüft.

**Klara Schedlich** (GRÜNE) fragt, ob die Gesetzesänderung zwingend heute beschlossen werden müsse und ob noch Änderungen auf der Bundesebene möglich seien.

**Mi-Ok Lee** (SenInnSport) teilt mit, das Thema Umsatzbesteuerung für die öffentliche Hand stehe schon seit einigen Jahren im Raum. Das Umsatzsteuerrecht sei aufgrund des Europarechts immer sehr im Fluss. Insbesondere bezüglich der Sportanlagen gebe es auf Bundesebene immer wieder Diskussionen.

Auch wenn das Umsatzsteuergesetz erst zum 1. Januar 2027 in Kraft trete, sei heute eine Änderung des Sportfördergesetzes erforderlich, um die bereits erfolgte Änderung in den SPAN nachzuvollziehen.

Der **Ausschuss** empfiehlt, der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1931 zuzustimmen.

#### Punkt 5 der Tagesordnung

##### **Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.